Arbeitspapier

herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 59 Jutta Graf / Viola Neu

PolitikKompass

Stimmungswechsel zum Beginn des Wahljahres

Trend zu Gunsten der Unionsparteien – Der Wunsch nach einem Regierungswechsel wird stärker

Sankt Augustin, Februar 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel

Leiter der Hauptabteilung

"Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft"

Telefon: 0 22 41/246-631 E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu / Jutta Graf

Team "Politische Kommunikation, Parteien- und

Meinungsforschung"

Telefon: 0 22 41/246-249 /-259

E-Mail: viola.neu@kas.de, jutta.graf@kas.de

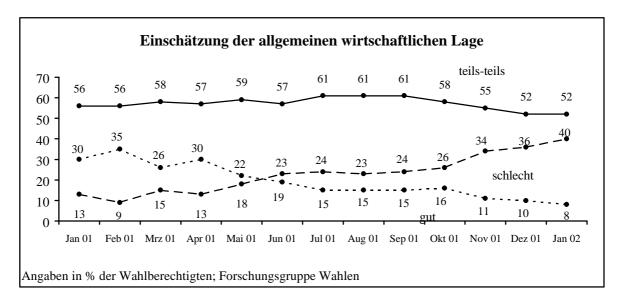
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Stimmungswechsel zu Beginn des Wahljahres 2002¹

In der politischen Stimmung setzt sich der in den letzten Monaten beobachtete Negativtrend weiter fort. Schwache Konjunkturdaten und steigende Arbeitslosenzahlen lassen das Vertrauen in die Regierung sinken und den Wunsch nach einem Machtwechsel nach der nächsten Bundestagswahl erstarken. Nach den neuesten Ergebnissen des Instituts für Demoskopie Allensbach ist der Anteil der Bundesbürger, die es gut fänden, wenn die Bundesregierung in Berlin wechseln würde, auf 39 Prozent angestiegen (Dezember 2001: 31 Prozent). Nur noch jeder Vierte ist der Ansicht, die rot-grüne Bundesregierung habe eine Zukunft. Diese Entwicklung führt zu einem Abwandern von Wählern von der SPD, während die CDU/CSU positiven Rückenwind verspürt und dies in verstärktem Maße nachdem auch die Frage der Kanzlerkandidatur entschieden ist. Wären heute Bundestagswahlen, so lägen die Unionsparteien vor der SPD.

Negative Wirtschaftseinschätzungen nehmen weiter zu

Der Anteil der Bürger, die die aktuelle Wirtschaftslage positiv bewerten, ist seit Anfang des letzten Jahres fast kontinuierlich gesunken. Gegenwärtig bezeichnen nur noch 8 Prozent der Deutschen die Wirtschaftlage als gut, zu Beginn des vergangenen Jahres waren es etwa ein Drittel. Umgekehrt hat sich der Anteil der Nevativbewertungen deutlich erhöht. Mit 40 Prozent ist der Anteil der negativen Einschätzungen gegenwärtig etwa vier mal so groß wie im Februar des vergangenen Jahres.



Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: ipos, in: inter/esse, Nr. 11/2001, Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.); Infratest dimap, Deutschland Trend Januar 2002; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar 2002; Emnid, n-tv vom 25. Januar 2002; Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ vom 30. Januar 2002

_

Begleitet werden die pessimistischen Wirtschaftseinschätzungen von wenig optimistischen Zukunftserwartungen bei den wichtigsten Reformen wie der Steuerpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Reform der Altersvorsorge und der bevorstehenden Osterweiterung. Fast drei Viertel der Bundesbürger (73 Prozent) sehen größere steuerliche Belastungen auf sich zukommen. Dies sind 10 Prozent mehr als noch vor zwei Jahren. Sechs von zehn Bundesbürgern (61 Prozent) befürchten von der im letzten Jahr beschlossenen Rentenreform eher negative Auswirkungen. Damit kann die erfolgte Rentenreform die Sorgen um die Altersvorsorge nicht mildern. Jeweils etwa jeder Zweite sieht ein Sinken seines persönlichen Lebensstandards, schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und negative Auswirkungen von der geplanten EU-Osterweiterung auf seine Lebensumstände.

Zuki	unftserwartu	ngen		
Wenn Sie an die kom	nmenden Jahre d	enken, glauben S	Sie,	
	Jan. 00	Jan. 02	Jan. 00	Jan.02
	eher ei	ntlastet	eher b	elastet
dass Sie persönlich durch die Steuerpolitik der Bundesregierung eher entlastet oder eher belastet werden?	20	14	63	73
	eher positive	Auswirkungen	eher negative	Auswirkungen
dass die bevorstehende Reform der Alters- vorsorge für Sie persönlich eher positive oder eher negative Auswirkungen haben wird?	18	18	63	61
	eher ve	rbessern	eher vers	chlechtern
dass die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union Ihre persönlichen Lebensumstände eher verbessern oder eher verschlechtern wird?	24	28	55	48
	eher s	steigen	eher s	sinken
dass Ihr persönlicher Lebensstandard eher steigen oder eher sinken wird?	32	30	46	48
	eher s	steigen	eher s	sinken
dass Ihre persönlichen Chancen, Ihren Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen, vielleicht besseren, zu bekommen, eher steigen oder eher sinken werden?	36	29	41	46
Angaben in % der Wahlberechtigten: Infratest de	imap, Januar 200	00, Januar 2002		

Arbeitslosigkeit ist wieder das dominierende Thema

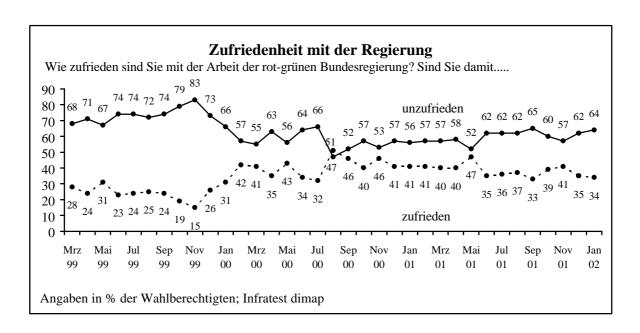
Arbeitslosigkeit ist seit Dezember 2001 wieder das dominierende Thema bei den wichtigsten Problemen des Landes. Für fast drei Viertel der Bundesbürger ist Arbeitslosigkeit wieder das Thema Nummer 1. 14 Prozent nennen die Wirtschaftslage als wichtigstes Thema. Terrorbekämpfung und Friedenssicherung sind im Januar 2002 noch für jeden zehnten

Bundesbürger das wichtigste Thema, im Oktober 2001 war es dies noch für gut jeden Zweiten. Damit haben Themen im Kontext von Frieden an Bedeutung verloren und rangieren gegenwärtig hinter Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage auf dem 3. Rangplatz. Wirtschaftsund arbeitsmarktpolitische Sorgen stehen damit wieder eindeutig im Vordergrund. Eine andauernde Dämpfungswirkung der Außen- und Sicherheitspolitik auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Verdrossenheit der Bundesbürger ist daher kaum zu erwarten. Und die Bundesregierung wird sich verstärkt an ihren Leistungen im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik messen lassen müssen.

Die wichtigsten Politischen Probleme												
	Sept. 2001	Okt. 2001	Nov. 2001	Dez. 2001	Jan. 2002-I	Jan.2002-II						
Arbeitslosigkeit	53	50	47	62	71	78						
Wirtschaftslage	10	9	11	13	12	14						
Terror/Frieden	41	54	49	23	14	10						
Ausländer/Asylbewerber	7	6	5	8	4	8						
Politikverdruss/Spendenaffäre	7	5	11	8	7	7						
Ruhe/Ordnung/Kriminalität	8	15	14	10	7	7						
Bildung/Schule				7	6	6						
EU/Euro/Europa	3	3	4	6	8	5						
Gesundheitswesen/Pflege	5	2	2	5	5	5						
Rente/Altersversorgung	3	4	4			5						

Regierungskoalition im Meinungstief

Angesichts Konjunkturflaute, steigender Arbeitslosenzahlen und wenig optimistischer Zukunftserwartungen zeichnet sich eine wachsende Unzufriedenheit mit der Arbeit der rotgrünen Bundesregierung ab. Nur jeder Dritte ist gegenwärtig mit den Leistungen der Regierung zufrieden. Knapp zwei Drittel äußern sich negativ.



Nach mehr als anderthalb Jahren werden damit die Leistungen der rot-grünen Bundesregierung erstmals wieder schlechter beurteilt als die Oppositionsarbeit der CDU/CSU. Nach den neuesten Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen, wird die CDU/CSU – auf der bekannten Skala von +5 (sehr zufrieden) bis –5 (sehr unzufrieden) – mit einem Wert von +0,2 besser beurteilt als die rot-grüne Regierung (0,0). Das Urteil über die Leistungen der SPD fällt dabei zwar noch positiv aus (+0,7), hat sich in den letzten Monaten aber deutlich verschlechtert (siehe Anhang).

Steigende Wähleranteile für die Unionsparteien

Diese Unzufriedenheit zeigt ihre Wirkung in steigenden Wähleranteilen für die Unionsparteien. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, so läge die CDU/CSU vor der SPD. Nach der neuesten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen käme die Union auf 40 Prozent und die SPD auf 38 Prozent. Drittstärkste Partei wäre die FDP mit einem Stimmenanteil von 7 Prozent vor der PDS mit 6 Prozent. Die Grünen kämen auf 5 Prozent. Die Unionsparteien haben damit seit Dezember 2001 3 Prozentpunkte hinzugewonnen, während umgekehrt die SPD 3 Prozent ihrer Wähler abgeben würde.

En	twicklu	ng der W	ählerant	teile im Ja	nuar 20	002		
	Infrat	est dimap	Forschu	ingsgruppe	Inst	titut für	Emnid	
			Wahlen		Demoskopie		(1	n-tv)
					Alle	ensbach		
CDU/CSU	39	(+3)	40	(+3)	35,8	(+0,7)	41	(+5)
SPD	38	(-2)	38	(-3)	34,9	(-0,5)	38	(-1)
Bündnis 90/Die Grünen	5	(-1)	5	(+/-0)	6,6	(+/-0)	5	(-1)
FDP	8	(-1)	7	(+/-0)	11,1	(-0,4)	7	(+/-0)
PDS	7	(+/-0)	6	(+/-0)	6,7	(+0,1)	6	(-1)
REP (bzw. Rechte)					1,6	(-1,0)		
Sonstige	3	(+1)	4	(+/-0)	3,3	(+1,1)	1	(-3)

Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern = Vergleich zum Vormonat

Emnid, n-tv (15. Januar 2002)

Forschungsgruppe Wahlen (14.01. – 17.01.2002)

Infratest dimap (03.01. – 08.01.2002)

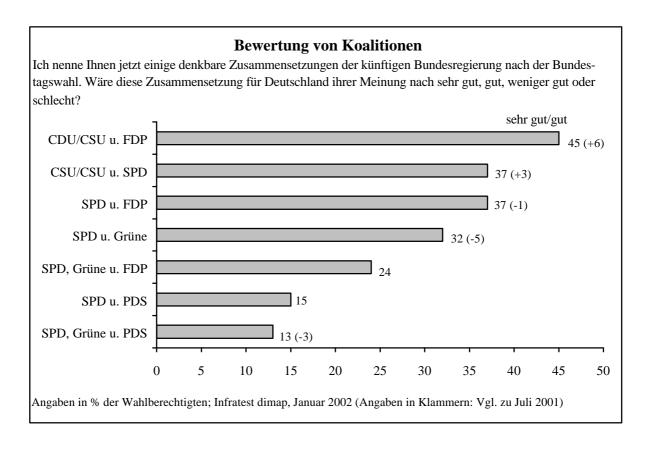
Institut für Demoskopie Allensbach (05.01 – 15.01.2002)

Wachsender Zuspruch für eine Koalition aus CDU/CSU und FDP

Auch in der Frage nach der Koalitionspräferenz dokumentiert sich der Wechsel in der politischen Stimmungslage. Mit der positiveren Stimmung zu Gunsten der Unionsparteien favorisieren die Bundesbürger mit wachsendem Anteil eine Koalition aus Union und Liberalen. Eine weitere Amtszeit der bestehenden Regierung scheint demgegenüber immer weniger gewünscht. Eine Koalition aus Union und FDP bevorzugen derzeit 29 Prozent der Bundesbürger. In den letzten vier Wochen bedeutet dies einen Zuwachs von 8 Prozentpunkten. Demgegenüber ist rot-grün lediglich noch für 17 Prozent die Wunschkoalition. 12 Prozent wünschen sich eine große Koalition, 11 Prozent favorisieren eine sozialliberale Koalition.

	Gewünschte Regierungskoalition												
	Aug 01	Sept 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan-I/02	Jan-II/02						
CDU/CSU + FDP	21	20	17	19	21	23	29						
SPD + Grüne	19	17	18	16	20	17	17						
SPD + FDP	10	10	10	13	13	10	11						
SPD + CDU/CSU	15	16	21	16	13	15	12						
sonstige	11	10	12	14	13	12	13						
weiß nicht	24	27	23	23	22	23	19						
Angaben in % der Wahl	lberechtigten;	Forschungsg	gruppe Wahle	en									

Grundlage hierfür sind ausgesprochen positive Erwartungen für die zukünftige Entwicklung des Landes. Von einer schwarz-gelben Koalition versprechen sich 45 Prozent der Bundesbürger Vorteile für Deutschland. Lediglich 32 Prozent meinen, dass die Fortsetzung von rot-grün für Deutschland von Vorteil wäre.



In den neuen Bundesländern gibt es hinsichtlich der Zusammensetzung einer Koalition erhebliche Abweichungen. Erste Wahl aus der Sicht der Ostdeutschen wäre die große Koalition aus CDU/CSU und SPD, dicht gefolgt von einer bürgerlichen Koalition aus CDU/CSU und FDP. Auch fände eine Regierungsbeteiligung der PDS in Ostdeutschland weit mehr Zuspruch als in Westdeutschland. 35 Prozent der Ostdeutschen würden eine Koalition aus SPD und PDS und 30 Prozent eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS

für eine gute Lösung halten. Bei den Westdeutschen wären beide Koalitionen nur für jeweils 9 bzw. 8 Prozent akzeptabel.

Weitreichende Kompetenzverluste für die SPD – CDU/CSU in zentralen Politikfeldern führend

Die SPD musste in den vergangenen Monaten auf fast allen Politikfeldern Kompetenzeinbußen hinnehmen. Umgekehrt konnten die Unionsparteien fast durchweg an Vertrauen bei den Bürgern gewinnen. In Folge der Verschiebungen trauen die Bürger der SPD nur noch bei Sozialer Gerechtigkeit und in der Außenpolitik eine größere Kompetenz zu.

Den stärksten Einbruch haben die Sozialdemokraten bei der Arbeitsmarktpolitik zu verzeichnen. In der Arbeitsmarktpolitik vertrauen 35 Prozent der Bundesbürger auf die CDU/CSU und 30 Prozent auf die SPD. Bei der Steuerpolitik liegen die Unionsparteien (31 Prozent) und die SPD (30 Prozent) annähernd gleich auf. In Fragen der Wirtschaftspolitik vertrauen 44 Prozent auf die Union, 30 Prozent auf die SPD. Einen deutlichen Kompetenzvorsprung verzeichnen die Unionsparteien ebenfalls in Fragen der Inneren Sicherheit. Bei der Kriminalitätsbekämpfung vertrauen 40 Prozent auf CDU/CSU und nur 26 Prozent hingegen auf die SPD. Den größtmöglichen Schutz vor Terroranschlägen erwarten 35 Prozent von der CDU/CSU und 29 Prozent von der SPD. Bei der Sicherung der Altersversorgung, der Gesundheitspolitik wie bei der Bildungspolitik liegen beide Parteien annähernd gleich auf.

Neben den Vertrauensverlusten in einzelnen Politikfeldern zeigt sich auch ein schwindendes Vertrauen in die Zukunftskompetenz. Glaubten im Herbst des letzten Jahres noch ein Drittel der Bundesbürger, dass die SPD eher die Zukunftsprobleme in Deutschland zu lösen vermag (CDU: 28 Prozent), so könnte sich die Union (30 Prozent) gegenwärtig einen knappen Vorsprung vor der SPD (29 Prozent) sichern.

Parteienkompetenz

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen diese Aufgabe zu lösen?

ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lö		Anteile i	n Prozent	Differenz C	CDU/CSU - PD	
		Okt. 01	Jan. 02	Okt. 01	Jan. 02	
Arbeitsmarktpolitik	CDU/CSU	33	35	-2	+5	
	SPD	35	30	_	10	
Kriminalitätsbekämpfung	CDU/CSU	39	40	+9	+14	
	SPD	30	26	17	, , ,	
Wirtschaftspolitik	CDU/CSU	40	44	+6	+14	
	SPD	34	30		111	
Rentenpolitik	CDU/CSU	28	32	-9	-1	
	SPD	37	33		-	
Soziale Gerechtigkeit	CDU/CSU	22	22	-24	-20	
	SPD	46	42			
Außenpolitik	CDU/CSU	26	30	-14	-7	
	SPD	40	37		,	
Steuerpolitik	CDU/CSU	30	31	-6	+1	
	SPD	36	30	, and the second		
Gesundheitspolitik*	CDU/CSU	29	29	+2	+1	
	SPD	27	28			
Bildungspolitik	CDU/CSU		31		+2	
	SPD		29		12	
Schutz vor Terror in Deutschland	CDU/CSU	29	35	-3	+6	
	SPD	32	29	3	10	
Zukunftsprobleme lösen	CDU/CSU	28	29	-5	-1	
	SPD	33	30		-1	
*August 2001 Angaben in % der Wahlberechtigten;	Infratest dimap					

Über ihren Wähleranteil hinaus erhalten die Grünen Zustimmung in der Außenpolitik und die FDP in der Bildungs- und Steuerpolitik. So meinen 13 Prozent der Bundesbürger, die Grünen würden die beste Außenpolitik betreiben, was sicherlich auf die große Beliebtheit Fischers zurückzuführen ist und nicht generell den Grünen zu Gute kommt. Jeweils 10 Prozent sehen bei der Steuer- und Bildungspolitik in der FDP die beste Partei.

Zufriedenheit mit der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie gestiegen

Im Vergleich zum Vorjahr wird sowohl das politische System als auch die soziale Marktwirtschaft positiver bewertet. Drei Viertel der Deutschen sind der Ansicht, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt habe. 1999/2000 waren noch zwei Drittel dieser Ansicht. Die prinzipielle Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft hängt offenbar nicht unmittelbar mit der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zusammen. Die wirtschaftliche Stimmung ist nämlich gleichzeitig auf einem Tiefpunkt angelangt.

Was meinen Sie zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik, der Sozialen Marktwirtschaft? Hat sie sich bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt?										
	1999	2000	2001							
bewährt	68	67	76							
nicht bewährt	22	24	18							
weiß nicht 10 9 6										

Angaben in % der Wahlberechtigten, Fehlende Werte zu 100 Prozent "weiß nicht"/keine Angabe; Bundesverband deutscher Banken/ipos

Dennoch scheint deutlich, dass das häufig verwendete Attribut der "Schönwetter-Demokratie" stark verkürzt. Denn gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Stimmung stark unter Druck ist und die Herausforderungen der Demokratie durch den Extremismus und Terrorismus weltweit eine neue Dimension erreicht haben, steigt die Zufriedenheit mit dem politischen System an. 1999 äußerten sich 62 Prozent zufrieden mit dem politischen System. Dieser Anteil ist 2001 auf 75 Prozent angestiegen.

Wie gut oder wie schlecht funktioniert unser politisches System?								
	1999	2001						
funktioniert gut: nichts ändern	4	6						
funktioniert gut: einiges ändern	58	69						
funktioniert nicht gut: viel ändern	30	20						
funktioniert nicht gut: völlig ändern	6	3						
weiß nicht	2	1						

Angaben in % der Wahlberechtigten, Fehlende Werte zu 100 Prozent "weiß nicht"/keine Angabe; Bundesverband deutscher Banken/ipos

Basis des Stolzes sind für die Mehrheit der Deutschen der soziale Frieden und die Wirtschaftskraft. Die demokratische Ordnung und die kulturellen Leistungen bilden den zweiten Block.

Auf welche Errungenschaften unseres Lan	des sind Sie a	als Deutscher be	esonders stolz?
		2000	2001
auf den sozialen Frieden		57	54
auf die Wirtschaftskraft		48	50
auf die demokratische Ordnung		40	39
auf die kulturellen Leistungen		36	39
auf die Geschichte		13	18
auf nichts davon		4	4
Keine Angabe		3	2

Angaben in % der Wahlberechtigten, Fehlende Werte zu 100 Prozent "weiß nicht"/keine Angabe; Bundesverband deutscher Banken/ipos; Mehrfachnennungen

Was ist typisch deutsch?

Fragen zur mentalen Lage der Nation werden in Debatten regelmäßig von den "Schatten der Vergangenheit" überlagert. Das Verhältnis der Deutschen zur Nation füllt daher nicht nur Talkshows, er gilt auch als Maßstab für vermeintliche negative Auswirkungen wie ein übersteigertes Nationalbewusstsein. Neuere Daten weisen darauf hin, dass die Deutschen ein selbstbewusstes Nationalbewusstsein aufzeigen und dabei gegen nationalen Überschwang gewappnet sind.

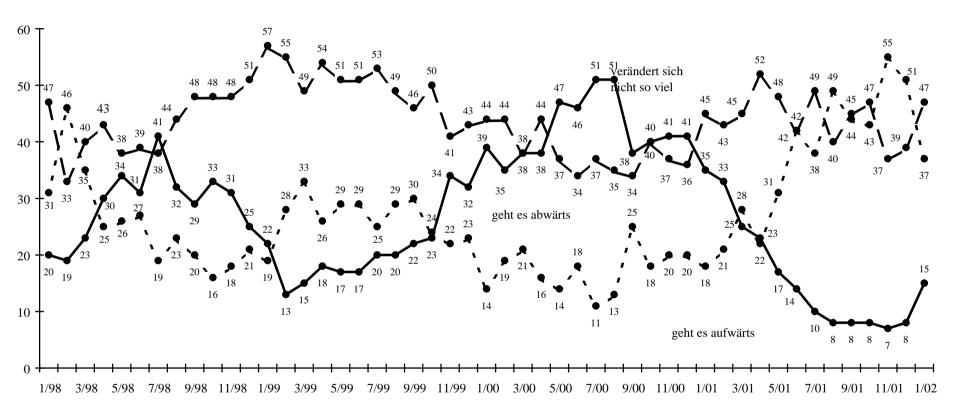
71 Prozent sind stolz, Deutscher zu sein. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 1993 etwa konstant geblieben. Aber die Basis des Stolzes hat sich verändert. Die Deutschen sind der Ansicht, dass sie genauso stolz sein dürfen wie die anderen Nationen. Selbst der Begriff "typisch deutsch" wird jetzt von einer Mehrheit (63 Prozent) positiv bewertet. Bei der Vergleichsumfrage 1993 verbanden nur 48 Prozent mit diesem Begriff etwas Gutes. Doch führen diese Einstellungen nicht zu einem übersteigerten Patriotismus.

	1993	2001
stolz darauf	68	71
nicht stolz darauf	28	24
weiß nicht	4	5
	nung "typisch deutsch" eher etw Schlechtes?	I.
	1993	2001
etwas Gutes	48	63
etwas Schlechtes	43	28
weiß nicht	9	10
	genauso stolz sein auf sein Land Engländer, oder kann man das n	
	1993	2001
genauso wie andere	78	85
nicht genauso	19	11
weiß nicht	3	4
Verbinden Sie mit der Bezeichn	ung "Patriotismus" eher etwas G Schlechtes?	tutes oder eher etwas
	1994	2001
etwas Gutes	53	53
etwas Schlechtes	37	34
	<u> </u>	<u> </u>



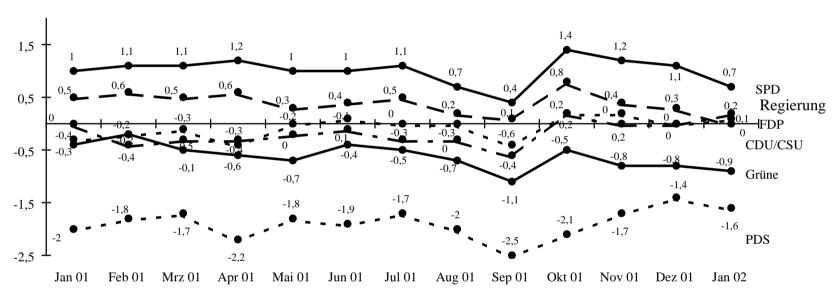
Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

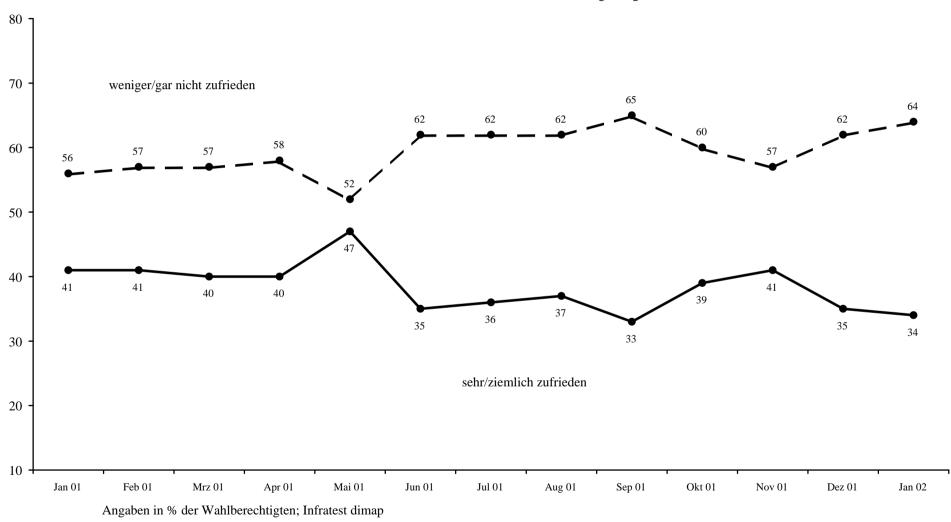
Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten; Skala von - 5 (Sehr zufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

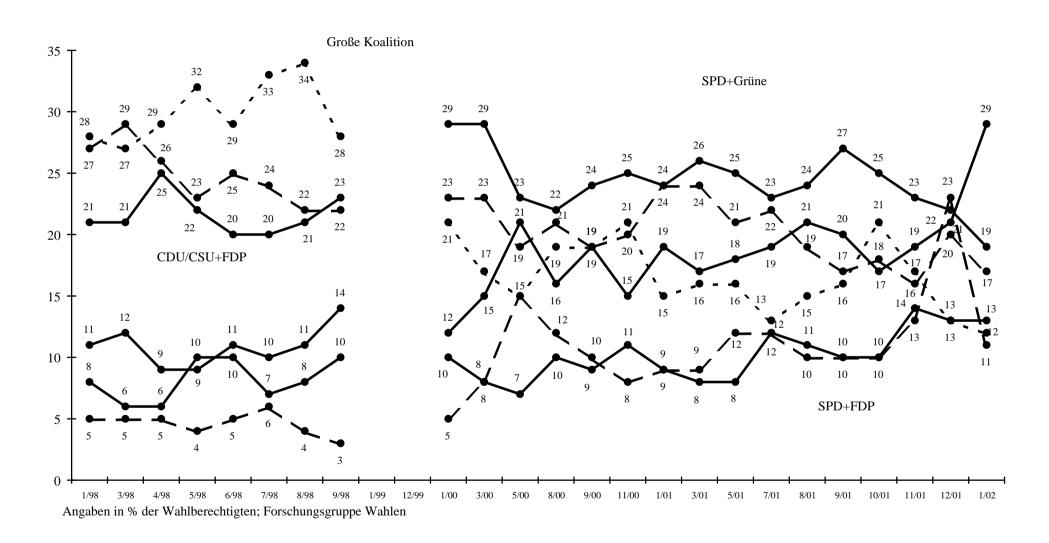
Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?



Gewünschte Regierungskoalition

Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält?



Wichtigkeit politischer Probleme - spontane, offene Nennung -

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan
	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	01	02
Terror/Frieden	-	-	-	-	-	-	-	-	41	54	49	23	10
Arbeitslosigkeit	37	40	46	44	55	55	61	73	53	50	47	62	78
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	4	3	8	5	5	6	7	4	8	15	14	10	7
Wirtschaftslage		2	3		4	7	10	9	10	9	11	13	14
Politikerverdruß/Affären	8	11	7	7	7	9	8	7	7	5	11	8	7
Ausländer/Asylbewerber	7	5	8	9	9	8	9	9	7	6	5	8	8
EU/Euro/Europa					4	7	7	2	3	3	4	6	5
Renten/Alterssicherung	12	13	8	12	17	9	12	3	3	4	4	5	5
Umweltschutz	4	5	5	11	7	6	7	2	2	2	3		
Gesundheitswesen	4					3	8	6	5	2	2	5	5

Angaben in % der Wahlberechtigten, Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Parteik	Parteikompetenzen													
		W	irtscha	ft	Arbe	Arbeitslosigkeit			ssiche	rung	Gesundheitspolitik			
		CDU/	SPD	Diff.	CDU/	SPD	Diff.		SPD	Diff.	CDU/	SPD	Diff.	
		CSU			CSU			CSU			CSU			
1998	3	31	34	-3	19	47	-28							
	4	34	37	-3	20	44	-24			-			_	
	5	32	38	-6	20	47	-27						_	
	6	37	37	0	23	44	-21							
	7	37	37	0	23	46	-23							
	8	41	32	9	27	40	-13							
	9	43	33	10	28	43	-15							
1999	2	38	42	-4	27	48	-21							
	5	47	28	19	33	37	-4							
	7	50	28	22	36	33	3	38	31	7				
	9	53	23	30	36	29	7				29	31	-2	
	12	51	25	26	36	31	5				34	25	9	
2000	2	38	39	-1	24	45	-21				25	36	-11	
	5	41	36	5	26	45	-19							
	8	35	42	-7	23	51	-28	29	37	-8				
	11	39	35	4	27	46	-19	30	33	-3				
2001	2	40	33	7	30	42	-12	30	33	-3	24	31	-7	
	5	40	34	6	28	43	-15	26	36	-10				
	8	40	30	10	33	32	1	30	30	0	29	27	2	
	10	40	34	6	33	35	-2	28	37	-9				
2002	1	44	30	14	35	30	5	32	33	-1	29	28	+1	

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteikompetenzen												
		Fami	lienpo	litik	Stei	uerpoli	itik	Staatsverschuldung				
		CDU/	SPD	Diffe-	CDU/	SPD	Diffe-	CDU/	SPD	Diffe-		
		CSU		renz	CSU		renz	CSU		renz		
1998	3											
	4											
	5											
	6											
	7											
	8											
	9											
1999	2											
	5 7											
					34	35	-1	29	38	-9		
	9				37	29	8	30	37	-7		
	12				37	26	11	27	37	-10		
2000	2 5				24	43	-19	20	46	-26		
	5				28	42	-14	22	47	-25		
	8				25	45	-20					
	11				31	35	-4					
2001	2				28	38	-10					
	5				28	37	-9					
	8	22	46	-24								
	10				30	36	-6					
2002	1				31	30	1					

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteik	ompeten	nzen									
		Kri	minali	tät	Schutz	z vor T	error	Asyl/Ausländer			
					in De	eutschl	land	,			
		CDU/	SPD	Diffe-	CDU/	SPD	Diffe-		SPD	Diffe-	
		CSU		renz	CSU		renz	CSU		renz	
1998	3										
	4										
	5	31	32	-1				20	35	-15	
	6	34	29	5				24	35	-11	
	7	38	30	8				28	32	-4	
	8	41	27	14				32	30	2 -1	
	9	40	29	11				31	32	-1	
1999	2	42	30	12				31	38	-7	
	5 7	45	26	19				33	37	-4	
		47	22	25							
	9	43	22	21							
	12	45	20	25							
2000	2	33	32	1							
	5	39	27	12				28	34	-6	
	8	41	28	13				25	37	-12	
	11	43	25	18				27	35	-8	
2001	2	37	29	8							
	5	37	27	10				25	34	-9	
	8	42	28	14							
	10	39	30		29	32	-3				
2002	1	40	26	14	35	29	6				

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteik	Parteikompetenzen													
		J	tpolitik		Vei	rbrauc	herschu	tz	Energiepolitik					
		CDU/	SPD	Diffe-	Grüne	CDU/	SPD	Diffe-	Grü-	CDU/	SPD	Diffe-	Grüne	
		CSU		renz		CSU		renz	ne	CSU		renz		
1998	3													
	4													
	5													
	6													
	7													
	8													
	9													
1999	2	16	28	-12	41					26	33			
	5			_						29	27		20	
	7	21	21	0	38					31	25	6	21	
	9	20	15	5	45									
	12	20	15	5	44									
2000	2	13	22	-9	47									
	5									24	27	-3	26	
	8	14	22											
	11	17	22	-5	39									
2001	2					15	29		29					
	5					17	32	-15	24					
	8	14	15	-1	50	17	30	-13	25					
	10													
2002	1													

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteik	ompetenz	zen								
		Auß	Benpol	itik	Bekämpfung des					
					int. Terrorismus					
		CDU/	SPD	Diffe-		SPD	Diffe-			
		CSU		renz	CSU		renz			
1998	3									
	4									
	5									
	6									
	7									
	8									
	9									
1999	2 5 7									
	5	39	32	7						
	7									
	9									
	12									
2000	2									
	5	35	36	-1						
	8	29	39	-10						
	11	33	37	-4						
2001	2	30	35	-5						
	5	28	37	-9						
	8	32	29	3						
	10	26	40	-14	26	39	-13			
2002	1	30	37	-7						

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteik	ompetenz	en										
		Sozial		chtig-	Wohls	tand si	chern	Zukunftsprobleme				
			keit					lösen				
		CDU/	SPD	Diffe-		SPD	Diffe-		SPD	Diffe-		
		CSU		renz	CSU		renz	CSU		renz		
1998	3							21	37	-16		
	4							22	39	-17		
	5							24	38	-14		
	6							26	37	-11		
	7							27	39	-12		
	8							29	34	-5		
	9							30	39	-9		
1999	2							29	41	-12		
	5				39	32	7	35	32	3		
	7	26	42	-16				40	27	13		
	9	27	38	-11				37	26	11		
	12	29	41	-12				37	24	13		
2000	2	17	49	-32				23	38	-15		
	5	20	47	-27				28	34	-6		
	8	19	48	-29				25	38	-13		
	11	22	45	-23				29	31	-2 -3		
2001	2	28	38	-10				28	31	-3		
	5	28	37	-9	33	34	-1	33	34	-1		
	8	21	40	-19				29	27	2 -5		
	10	22	46	-24				28	33	-5		
2002	1	22	42	-20				30	29	1		

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

					Z	ufrie	uenn	en m	III PO	шик	ern						
	Mer- kel	Stoi- ber	Merz	Schäu- ble	Schrö der	Schily	Eichel	Mül- ler	Ries- ter	Schar ping	Mün- tefe- ring	Fi- scher	Trittin	Kü- nast	Wes- ter- welle	Mölle mann	Gy
Okt 98		1,7		1,9	2,6					0,5		0,7					
Nov 98		1,3		1,8	2,4					0,2		1,4	0				-
Dez 98		1,3		1,4	2,2					0,2		1,3	-0,3				-
Jan 99		1,2		1,2	2,2					0,3		1,2	-0,9				-
Feb 99		1,0		1,1	2,0					0,3		1,4	-1,5				-
Mrz 99		1,1		1,1	1,8					0,3		1,5	-1,6				-
Apr 99		1,1		1,2	2,2		1,2			1,5		2,2	-1,3				-
Mai 99		1,3		1,2	2,0		1,1			1,3		1,9	-1,6				-
Jun 99		1,3		1,4	1,6		0,7			1,1		2,0	-1,8				-
Jul 99		1,2		1,0	1,3		0,9		0,0	1,4		2,1	-1,5				-
Aug 99		1,0		1,1	0,7		0,7		0,0	1,2		1,9	-1,5				-
Sep 99		0,7		1,5	0,5		0,7		-0,1	0,9		1,9	-1,3				-
Okt 99		0,7		1,3	0,5		0,6			1,0	0,4	1,8					-
Nov 99		0,9		1,1	0,6		0,7			0,9	0,3	1,6					-
Dez 99		0,7		1,1	1,2		0,9			1,0	0,6	1,9					-
Jan 00	0,9	0,7		-0,5	1,7		1,2			1,0		2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0	1,4		0,9			0,8		1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2	1,6		1,1			0,8		1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6	1,6		1,0			0,7		1,6					-
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5	1,8		1,3			0,9		1,7					-
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1	1,4		0,8			0,7		1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3		1,9		1,2			0,7		1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3		2,0		1,7			0,8		1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2		1,6		1,0			0,5		1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0		1,4		0,9		0,0	0,4		1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0		1,9		1,2		0,4	0,8		1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1		2,0		1,1		0,3	0,6		2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0		1,8		0,9		0,1	0,4		1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5		1,8		1,1		0,2	0,2		1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5		1,9		1,0		0,2	0,1		1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5		1,9		1,2			0,3		1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2		1,7		1,0			0,2		1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4		1,9		1,2			0,3		1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5		2,0		1,3	0.7		0,4		2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8			1,3		1,0	0,7				1,9	-0,7	0,7	0,7		-
Sep 01	0,4	1,1			1,6	1 4	1,1	0,7		0		1,8 2,3	-0,8	0,6	0,6		-
Okt 01	0,7	1,4	0.1		2,5	1,4	1,2			0					0,8		-
Nov 01	0,5	1,2	-0,1		1,9	0,9	0,9			-0,5		2,1			0,7		-
Dez.01 Jan. 02	0,9 1,2	1,3 1,2	-0,1	0,9	1,9 1,5	1,1 0,7	0,9 0,9			-0,6 -1,0		2,3 1,9			0,6 0,6		
jan. 02												,					
	Mer-	Stoi-	Merz	Schäu-	Schrö	Schily	Eichel	Mül-	Ries-	Schar	Mün-	Fi-	Trittin		Wes-	Mölle	G:
	kel	ber		ble	der			ler	ter	ping	tefe-	scher		nast	ter-	mann	
	ĺ		1	1	l	I	l	ı		i	ring	l	l	I	welle	1	1

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen

						Zufriede	enheit mi	t Politik	ern						
	Merkel	Stoiber	Merz	Schröder	Schily	Eichel	Schaping	Riester	Schmidt	Fischer	Trittin	Künast	Roth	Wester-	Zimmer
														welle	
Mai 00 Jun 00		51 47	30 29	57 56		50 43				70 67					
Jul 00		47	26	57		45				66	22				
Aug 00		48	29	69		57				79		20			
Sep 00		45	27	64		59				73					
Okt 00		47	26	53		45		30		68					
Nov 00	55	45	26	58		47		30		71					8
Dez 00		47	28	61		48		31		71					9
Jan 01	54	47	29	62		47		32		69				42	9
Feb 01	44	46	27	64		50		34		73				40	10
Mrz 01	40	49	20	60		45		30		67	30	50		35	8
Apr 01	45	48	27	64		52				72	21	58		40	8
Mai 01	46	46	26	65		49		36		70		60		43	13
Jun 01	38	46	24	58	42	43				70		53		43	9
Jul 01	42	52	23	60		52			26	76		57		47	9
Aug 01	41	52		58		48			26	77	30	53		43	10
Sep 01	40	49		59		50	34		27	78		54		45	11
Okt 01	42	55		72	61	51	35			81			23	47	10
Nov 01	40	55			55	46	28						23	43	13
Dez.01	43	51		59	50	45	27			80			25	44	13
Jan.02	52	58		63	60	51	27			83			25	51	15

Angaben in % der Wahlberechtigten, Anteile sehr/ziemlich zufrieden; Infratest dimap